

17.10.1973 Vor 50 Jahren beschlossen die erdölfördernden arabischen Staaten eine Drosselung der Rohölproduktion und eine Einschränkung der Lieferungen an die mit Israel verbundenen Länder. Das führte zu einer erheblichen Verknappung des Erdöls auf dem Weltmarkt und einer Verdoppelung des Rohölpreises bis zum 24.12., als das Embargo wieder gelockert wurde. Die in den folgenden Monaten weiterhin steigenden Preise für Rohöl und andere Rohstoffe hatten erhebliche ökonomische Konsequenzen auch für die RGW-Länder

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

9. Ausgabe / 33. Jahrgang

Für Halle (Saale)

04. Oktober 2023

Wir wollen Euch - für ein soziales Halle!

Im kommenden Jahr wird der Stadtrat neu gewählt. Als LINKE treten wir mit offener Liste an, heißen also Interessierte aus der ganzen Stadtgesellschaft bei uns willkommen, die etwas zum Besseren ändern wollen. Für ein soziales Halle wollen wir, dass die Mieten bezahlbar sind. Wohnen gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge - Vermieter*innen sollen keinen Profit machen, Unternehmen keine Überschüsse erwirtschaften. Es braucht soziale Durchmischung und keine „gated communities“, also teure Gegenden, in denen Wohlhabende unter sich sind. Dazu wollen wir, dass alle Hallenser*innen die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Dafür muss die Stadt soziale Leistungen, wie z.B. das Wohngeld, schnell auszahlen, Sachbearbeiter*innen und Sozialarbeiter*innen einstellen.

Klingt gut - oder würdest ihr etwas anders machen? Beides finden wir toll. Denn unser Programm wird am 14. Oktober erst beschlossen. Als Mitglieder könnt ihr abstimmen, aber auch als interessierte*r Kandidat*in könnt ihr euch natürlich einbringen. Melde euch bei uns und diskutiere mit!

Erreichen könnt ihr uns unter der Mailadresse stadtrat2024@dielinke-halle.de und telefonisch unter der Rufnummer 0345 / 202 55 90.



Mietkampagne geht weiter!

Die städtischen Wohnungsgesellschaften müssen das Korrektiv zum Wohnungsmarkt bilden. Sie dürfen keinen Profit machen und sollen einen sozialen Auftrag erfüllen. Das droht allerdings daran zu scheitern, da sie bis zu zehn Millionen Euro pro Jahr abführen müssen. Dafür erhöhen sie die Miete, nehmen sogar Schulden auf - und werden langfristig geschwächt. Das wollen wir nicht hinnehmen!

Unsere Kampagne fordert deshalb die Begrenzung der Mieterhöhung und ein Ende der Zahlungen der Wohnungsgesellschaften.

Denn öffentliches Eigentum muss einen Unterschied machen - auch wenn wir wissen, dass es insgesamt eine flächendeckende Vergesellschaftung gegen die Profitlogik braucht!

Du willst auch, dass sich endlich etwas in die richtige Richtung bewegt? Dann findest du hier alle Infos zum Mitmachen und zur Unterstützung unserer Forderung:



Rückblick:

Am 22. September hatten wir viel Besuch. Wir hatten die Genoss*innen aus Halle und aus den benachbarten Kreisverbänden ins Opern-Café eingeladen, um unter anderem mit Gregor Gysi, Ines Schwerdtner, Janina Böttger und Eva von Angern über die politische Lage in Sachsen-Anhalt vor den Europa- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr zu reden. Dazu ging es natürlich auch um die Zukunft der Partei DIE LINKE und unsere inhaltlichen Schwerpunkte. Vielen Dank an alle Teilnehmer*innen für die anregenden Diskussionen.



Waffenverbotszone in Halle ist unwirksam – konservative, populistische Sicherheitspolitik endlich überwinden

Zum heutigen Urteil des Obergerverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt bezüglich einer Klage gegen die sogenannte Waffenverbotszone in Halle betont Henriette Quade, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

„Heute hat das Obergerverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt, nach einer Klage einer Person aus Halle, die sogenannte Waffenverbotszone (WaffVZ-VO) im Bereich Riebeckplatz in Halle als unwirksam eingestuft. Die Fraktion DIE LINKE hat diese Waffenverbotszonen von Anfang an kritisiert und vor den Folgen gewarnt: Waffenverbotszonen machen nichts sicherer, aber erweitern Polizeibefugnisse massiv. In den Waffenverbotszonen finden sogenannte anlasslose Kontrollen statt, die oft mit Racial Profiling und anderen diskriminierenden Praktiken verbunden sind. People of Color und Menschen, die als Migrant:innen wahrgenommen werden, werden weit häufiger kontrolliert, als andere.

Die kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE zeigen zudem: Die Zahl der Verstöße und der gefundenen Waffen in den Waffenverbotszonen sind überschaubar, die als „besonders gefährlich“ deklarierten Orte fielen und fallen weder vor der Einführung der Zonen, noch danach durch besonders häufigen Einsatz von Waffen auf und fallen statistisch nicht als Kriminalitätsschwerpunkte auf. Die allermeisten Waffenfunde waren zudem Alltagsgegenstände. Ohne irgendein Problem zu lösen, wird damit in den Waffen-

verbotszonen unnötig viel Personal gebunden, das dringend an anderen Stellen gebraucht wird.

Aus juristischer Sicht kommt das heutige Urteil nicht überraschend. DIE LINKE findet es bedenklich, dass die Landesregierung per Gerichtsurteil zur Einhaltung geltenden Rechts gezwungen werden muss. Das Gericht hat die Revision zugelassen, sodass das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

Was es jetzt braucht, ist keine neue Verordnung um Waffenverbotszonen rechtskonform zu implementieren.

Es braucht einen Abschied von der Idee der Waffenverbotszonen. Auch die landesweite Initiative „Waffenverbotszonen abschließen – soziale Sicherheit stärken“ hat immer wieder betont: Wer Kriminalität bekämpfen will, muss die Ursachen angehen. Soziale Absicherung, Teilhabe an Gesellschaft, Perspektiven für das eigene Leben, sichere und nichtkonsumorientierte Anlaufstellen und Treffpunkte für Jugendliche wie Erwachsene – das schafft Sicherheit. Waffenverbotszonen sind und bleiben ein Instrument konservativer, populistischer Sicherheitspolitik, die nichts sicherer macht, aber Zonen der Unsicherheit für Marginalisierte schaffen.“

Schutz von CSD-Veranstaltungen – Befassung im Ausschuss zeigt erhebliche Versäumnisse

Nach der heutigen Berichterstattung über den Schutz von CSD-Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt im Innenausschuss des Landtags betont Henriette Quade, innenpolitische Expertin der Fraktion DIE LINKE:

„Die Beschäftigung des Innenausschusses des Landtags zum Schutz von CSD-Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt ist dringend nötig. Die aktuelle Bilanz des laufenden Jahres zu Übergriffen und Angriffen auf CSD-Veranstaltungen und Teilnehmer:innen ist mehr als besorgniserregend. In diesem Jahr haben bisher sieben CSD-Veranstaltungen im Land stattgefunden, allein bei sechs dieser Veranstaltungen berichten Teilnehmer:innen von Problemen, Bedrohungen und/oder Angriffen.

Auf Wunsch des Innenministeriums wurden heute nur drei CSD-Veranstaltungen nachbesprochen. Doch schon hierbei wurde deutlich: Möglichkeiten und Instrumente zur Sensibilisierung sowie zum Opferschutz sind vorhanden, aber sie werden kaum genutzt. Bei dem CSD in Dessau griff ein Ordnungsamtsmitarbeiter einen Ordner des CSDs an, der Geschädigte wurde auf den Privatklageweg verwiesen, während der Ordnungsamtsmitarbeiter weiterhin im Dienst verbleibt. Dem Geschädigten wurde weder das Opfer-

merkblatt ausgehändigt, noch auf Opferanlaufstellen hingewiesen. Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch für den CSD in Wernigerode, wo Betroffene von Übergriffen nicht auf entsprechenden Ansprechpersonen bei Polizei und Staatsanwaltschaft und Opferhilfsorganisationen hingewiesen wurden.

Nach dem Bericht zum CSD in Schönebeck bleibt ein erheblicher Widerspruch zwischen den Berichten des Verbandes der Liberalen Schwulen, Lesben, Bi, Trans und Queer Mitteldeutschland (LiSL) und der polizeilichen Darstellung. Während der Verband von Angriffen vor der Bühne berichtet und parallel das Desinteresse der Polizei beklagt, hat die Polizei selbst dazu auch heute noch, Monate nach dem Vorfall, keine Erkenntnisse. Bei den Veranstaltenden nachzufragen, um diesen Widerspruch zu ergründen, musste im Innenausschuss erst angeregt werden.

Das zeigt, die Befassung mit dem Schutz von CSD-

Veranstaltungen und ihren Teilnehmer:innen ist dringend nötig. Beauftragte und Ansprechpersonen leisten eine wichtige Arbeit. Sie nützt allerdings nichts, wenn sie nicht dazu verwendet wird und sich Sensibilisierung nicht im alltäglichen Dienst widerspiegelt. Die heutige Befassung kann deshalb auch nur ein Anfang sein. Die CSD-Veranstaltungen in Weißenfels, Magdeburg, Halle und Stendal werden in der nächsten Sitzung des Innenausschuss behandelt. Es bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung und die zuständigen Behörden die Versäumnisse, die heute zu Tage getreten sind sowie Berichte von Betroffenen ernst nehmen und selbst das größte Interesse an Aufarbeitung und besserer polizeilicher Praxis haben. Das Polizei- und Sicherheitsbehörden nicht alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Instrumente zum Opferschutz genutzt haben, um die CSDs adäquat zu schützen und zu begleiten, ist nicht hinnehmbar.“

Aus der letzten Stadtratssitzung am 27.09.2023

Der Antrag unserer Fraktion, auf die Gewinnausschüttungen der kommunalen Wohnungsunternehmen HWG und GWG in Höhe von 10 Millionen Euro zu verzichten und damit zu sichern, dass sich die Kaltmieten pro Jahr nicht mehr als 3% erhöhen und darüber hinaus die Einnahmen aus Erhöhungen der Kaltmiete auf maximal 2% über die gesamten Kaltmieteinnahmen im Jahr begrenzt werden, wurde in den Finanzausschuss verwiesen. Er wird jetzt im Rahmen der Diskussionen zum Haushalt 2024 diskutiert. Entsprechende Deckungslücken sind aufgezeigt.

Mit diesem Antrag möchte unsere Fraktion gegen weitere drohende Mieterhöhungen der kommunalen Wohnungsunternehmen agieren. Bodo Meerheim betonte, dass sich HWG und GWG auf dem Wohnungsmarkt behaupten müssen. Bei Notwendigkeiten der steigenden Mieten, um die Abführungen an die Stadt Halle zu gewährleisten, wird das ein Problem. Die kommunalen Wohnungsgesellschaften werden so zum Preistreiber und das kann nicht sein!

Wir sind gespannt, wie die Diskussion dazu weitergeführt wird. Aus den Reihen der Fraktion DIE GRÜNEN war zu hören, „Damit ist der Kommunalwahlkampf eröffnet“. Wir hoffen sehr, dass das Thema sachlich weiter diskutiert wird und zugunsten unserer Bürgerinnen und Bürger.

Auch unser Antrag an die Stadtverwaltung, als Ersatz

für den Kulturtreff in Halle-Neustadt ein multifunktionales Gebäude mit Anspruch an eine moderne Veranstaltungskultur für den Stadtteil Halle-Neustadt zur Verfügung zu stellen bzw. zu errichten, wurde noch nicht entschieden, sondern in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung vertagt. Hendrik Lange führte in der Diskussion aus, dass wir nicht gegen die Ausweitung des Fachbereiches Einreise und Aufenthalt sind, im Gegenteil. Aber der Stadtteil Halle-Neustadt hat einen Ort der Begegnung, an dem viele kulturelle Aktivitäten und Bildungsangebote stattfanden, verloren. Unsere Intension ist eine Alternative oder ggf. auch ein evt. Neubau. Darüber wird jetzt weiter zu verhandelt sein.

Unser Antrag zur Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen wurde noch einmal vertagt. Er wird noch weiter im Fachausschuss diskutiert.

Bereits in den Fachausschüssen wurde heftig diskutiert zum Ausbau des Eisdoms. Er soll weiter ausgebaut werden. Den Grundsatzbeschluss gibt es ja bereits und der übergroße finanzielle Teil kommt aus den Fluthilfemitteln des Landes. Aber ca. 8 Millionen Euro müssen zusätzlich aufgebracht werden, weil u.a. die Preise für Baumaterial etc. gestiegen sind. Im Stadtrat gab es eine große Mehrheit für diesen Beschluss. Es ist immerhin die einzige Eissporthalle in

Sachsen-Anhalt und zieht über 120.000 Besucher im Jahr an. Durch den Ausbau wird die Zuschauerkapazität auf mehr als 3.000 verdoppelt und die Sanitärtrakte werden verbessert.

Angenommen wurde auch die Antragstellung für Städtebaufördermittel. Mit diesen Anträgen will die Stadt Halle (Saale) Fördermittel für verschieden Projekte wie z.B. für die Sanierung des Joliot-Curie-Platzes, des Spielplatzes im Botanischen Garten, für die Freifläche am August-Bebel-Platz u.a. m. umsetzen.

Ohne Diskussionen (die gab es in den Fachausschüssen) wurden die Friedhofssatzung für kommunale Friedhöfe, die Sondernutzungsgebührensatzung und die Straßenreinigungsgebührensatzung beschlossen.

Wir alle wissen, wie notwendig ehrenamtliche Arbeit in unserer Gesellschaft, damit auch in Halle ist. Im Stadtrat wurde diskutiert, wie man das Ehrenamt der Freiwilligen Feuerwehr noch besser unterstützen und damit auch die Attraktivität erhöhen kann. Es gab den Vorschlag der CDU-Fraktion, dass Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Kitaplätze in unmittelbarer Wohnortnähe zugewiesen bekommen könnten, eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV und auch die Nutzung öffentlicher Parkplätze waren Anträge. Diese sind, um es vorweg zu nehmen, nicht im Stadtrat bestätigt worden. Angenommen wurde die kostenfreie Nutzung der städtischen Schwimmhallen und die Erweiterung des Systems der Feuerwehrrente. Dem letzten Punkt und auch teilweise dem Zugang zu den Schwimmhallen haben wir zugestimmt. Ein Ehrenamt bekleiden sehr viele Menschen in unserer Stadt. Wenn es finanziell möglich wäre, würden wir allen ehrenamtlich Tätigen solche und weitere Möglichkeiten des

Dankes einräumen, aber mit dem Vorschlag wäre nur ein Teil der Ehrenamtlichen dabei. Darum konnten wir den ersten 3 Anträgen nicht zustimmen. So bleibt zunächst die Möglichkeit, Ehrenamtlichen in unserer Stadt in Form der Ehrenamtskarte Dank zu sagen. Die Stadt Halle kann bis zu 500 Karten im Jahr dafür vergeben.

Heftige Diskussionen gab es auch zum Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Hauptsache Halle zur Untersuchung der Wasserqualität der Saale. Auch wenn der ursprüngliche Antrag, 4xtäglich mikrobiologische Untersuchungen des Saalewassers zu veranlassen, in einen Prüfantrag mit dem Ziel, Voraussetzungen und mit welchen Kosten für eine geeignete Probeentnahme zu prüfen, verändert wurde, fand er keine Mehrheiten. Hintergrund des Antrages war, dass es an der Saale immer mehr Badegewässer gibt und die Badenden über ggf. Krankheitserreger informiert werden sollen. Soweit so gut. Aber: Die Saale ist kein öffentliches Badegewässer und deshalb wird es seitens der Stadt keine Überwachung der Wasserqualität geben. Und dazu kommt, dass die Saale ein Fließgewässer ist, sodass die Ergebnisse der Wasserproben nur Momentaufnahmen sind. Die Mitglieder unserer Fraktion stimmten hierzu unterschiedlich ab, es gab kein eindeutiges Votum.

Der Haushaltsentwurf für die Stadt Halle (Saale) wurde vom Finanzdezernenten, Herrn Geier, eingebracht. In den kommenden Monaten wird jetzt in den Fachausschüssen darüber diskutiert, Änderungsanträge gestellt usw. Im November soll der Haushalt dann im Stadtrat verabschiedet werden.

Ute Haupt

Es heißt

**Lehrkraft,
nicht Leerkraft!**

**Nein zu Bildungskrise, Lehrkräftemangel
und zwangsverordnete Mehrarbeit.**

Hallianz-für-Vielfalt-Lauf

Wir waren am 15. September beim Hallianz-für-Vielfalt-Lauf, um Spenden für den guten Zweck einzusammeln. Im letzten Jahr konnte die Hallianz so über 40 lokale Projekte finanziell unterstützen.

Der Spendenlauf ist also ein wichtiger Termin - für Läufer*innen, Spender*innen und für alle, die sich für eine vielfältige Kommune engagieren, in der Menschenfeindlichkeit keinen Platz hat!

Wir haben am Ende zusammen 61 Runden geschafft und damit die Spende unserer Stadträtin Ute Haupt erlaufen. Vielen Dank an die Organisator*innen und an alle, die dabei waren und sind!



Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare
Spendeerbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
28.09.2023
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 26. 10. 2023

Gegen den Rechtskurs der CDU

Der Kreisparteitag der CDU am vergangenen Wochenende wurde zur Bühne für populistisches Wahlkampfgetöse. Die Partei ignoriert zahlreiche Probleme Halles, wie etwa Kinderarmut und soziale Ungerechtigkeit für ihre Propaganda und verschleiert die eigene Verantwortung dafür. Egal ob es um eine zukunftsfähige Innenstadt oder Prävention gegen Jugendkriminalität geht - insbesondere der Lobbyist Christoph Bernstiel setzt stattdessen auf unanständige Stimmungsmache und Inszenierung.

Die Behauptung einer linken Vorherrschaft dient ihm dazu, sich als Kämpfer der schweigenden Mehrheit aufzuspielen. Dass er dafür den Vorwurf der Vergewaltigung benutzt und diese damit verharmlost, ist ekelhaft und zeigt, dass er wohl auch Anstand und Verantwortungsgefühl für eine Verschwörung des ‚rot-rot-grünen Mehrheitsmilieus‘ hält.

Darüber hinaus ist besonders erschreckend, dass beim Kreisparteitag klare Signale in Richtung der AfD gab, die brüchige Brandmauer endgültig abzureißen. Bereits in der Vergangenheit verharmloste die CDU im Stadtrat die AfD, nun wurde Verständnis für die

Gegen den Rechtskurs der CDU

dielinke-halle.de

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Wahlentscheidung geäußert. Es gilt der Suche der Konservativen nach rechten Mehrheiten aktiv zu widersprechen und dem Rechtskurs der CDU Grenzen zu setzen!

14. Oktober 2023 - Stadtparteitag DIE LINKE. Halle

Zeit: ab 10 Uhr

Ort: Kinderhort „Kinderpark“,
Wiener Straße 20, 06128 Halle

Noch einmal zur Erinnerung.

Am 14. Oktober wollen wir unser Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2024 diskutieren und abstimmen.

Aber auch die Vertreter*innen aus Halle für den Listenparteitag zur Europawahl im nächsten Jahr werden an diesem Tag von uns gewählt.

27. Oktober 2023 - AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung

Zeit: 18 Uhr

Ort: Gaststätte „Zum Kleeblatt“,
Am Kinderdorf 1, 06124 Halle

Thema: Wasser - Möglichkeiten und Grenzen

JETZT!

Mitmachen!



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat Oktober Geburtstag haben.



Zum Internationalen Tag des älteren Menschen

Am 1. Oktober wird der internationale Tag des älteren Menschen begangen. Er ist ein internationaler Aktionstag, der Menschen auf die Situation und die Belange der älteren Generation aufmerksam machen soll.

Die BAG Seniorenpolitik ruft aus diesem Anlass auf, mit Aktionen am 05. Oktober 2023 auf die Situation der Seniorinnen und Senioren in unserem Land aufmerksam zu machen und mit unseren Flyern unsere Forderungen an die Politik diesbezüglich kundzutun. Täglich wird über die Medien und andere Informationskanäle über die ständig steigende prekäre Lebenssituation der älteren Menschen berichtet. Dabei sind die Schwerpunkte überall andere, aber immer konkret. Immer spielt Geld eine Rolle, das nicht oder nicht genug vorhanden ist. Ebenso ist Vereinsamung des Einzelnen eine tragische Situation.

Die Altersarmut in Deutschland wächst, auch für Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben. Schon mehr als 684.000 Menschen beziehen Grundsicherung im Alter, sechs von zehn davon sind Frauen. Immer mehr Senior*innen können sich gesunde Lebensmittel und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht mehr leisten. Inflation und Rüstungskosten treiben die Preise nach oben. Die Mieten fressen immer mehr Einkommensanteile. Der geplante Heizungsumbau wird das noch verschärfen. Die Pflegekosten explodieren und machen gute Pflege für viele unbezahlbar. Zugleich nimmt die Altersdiskriminierung zu und immer mehr Seniorinnen und Senioren vereinsamen.

Es braucht die Kraft der Gesellschaft, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Die LAG Senioren in Sachsen- Anhalt ruft die Stadt- und Kreisverbände auf, den Tag des älteren Menschen mit eigenen Aktionen und Aktivitäten, wie z. B. Infoständen oder Steckaktionen, zu begehen. Schwerpunkt dabei soll der 5. Oktober sein.

Auch in Halle wollen wir auf die Situation der älteren Menschen in unserem Land aufmerksam machen. Wir treffen uns an einem Infostand am 05. Oktober ab 10.00 Uhr auf dem Markt. Es wäre toll, viele unserer älteren Genossen dort zu sehen.

Unsere Aktionen sehen wir als Bestandteil der bun-

desweiten Kampagne „Umsteuern“ und rufen euch auf, euch mit zahlreichen Aktivitäten zu beteiligen. Gleichzeitig möchte ich auch auf eine Veranstaltung des Seniorenrats Halle hinweisen:

Unter dem Motto „Neugierig und engagiert bleiben“ lädt der Seniorenrat der Stadt für Donnerstag, 05. Oktober in der Zeit von 10 bis 12 Uhr in den Kleinen Saal im Stadthaus, Marktplatz 2 ein (weitere Informationen unter www.senioren-halle.de oder im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale)).

Lydia Roloff

Liebe Seniorinnen und liebe Senioren, hiermit lade ich euch zu unserem Senior*innen- Treff im Oktober/November ein.

Termin: **18.10.2023, 14:30 Uhr**
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4
Thema: Sorgende Kommune

Eine sorgende Stadt/Kommune ist eine Vision von einem Ort, der das Wohlbefinden, das Leben und die Bedürfnisse aller Bürger*innen in den Fokus legt. Ein solcher Ort zeichnet sich dadurch aus, dass er eine gemeinwohlorientierte kommunale Sorgeinfrastruktur zur Verfügung stellt. Unter o.g. Thema fand am 23. September eine Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums statt.

Veranstalter/Teilnehmer informieren uns über dieses interessante Thema.

Termin: **22.11.2023, 14:30 Uhr**
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4
Thema: Irland - ein Reisebericht

Ich freue mich, wenn ich euch zu unseren Veranstaltungen begrüßen kann.

Eure Vorschläge und Anregungen für unsere Senior*innen-Treffs sind auch weiterhin willkommen.

Lydia Roloff

Rezension

Astrid Fritz **Die Magd des Medicus Rowohlt Taschenbuch Verlag Hamburg 2023, ISBN 978-3-499-01062-0, 556 S.**

Die Autorin beschreibt einen Teil des Lebens und Wirkens des berühmten Arztes Paracelsius (Theophrastus Bombast von Hohenheim) aus der Sicht seiner langjährigen Magd. Damit schuf sie sich die Möglichkeit, den damaligen Stand medizinischer Erkenntnisse und Anwendungen mit einfachen Worten und damit auch für NichtmedizinerInnen verständlich zu beschreiben, denn die Magd Barbara fragt ihren Dienstherrn sehr viel und er erklärt es ihr bereitwillig. Gleichfalls darf bzw. muss sie ihm bei bestimmten Behandlungen assistieren. Insofern bekommen wir ein anschauliches Bild der Heilkunst im 16. Jahrhundert - und der Lebensverhältnisse seiner BewohnerInnen. Barbara ist Tochter eines Abdeckers und daher qua Herkunft bestimmten Schikanen und Herabsetzungen ausgesetzt. Ihren Dienstherrn kümmert dies wenig, er ist froh eine Frau an seiner Seite zu haben, die ihm nicht nur den Haushalt versorgt, sondern auch lesen und schreiben kann (im Roman diktiert er ihr einen Teil seiner Traktate) und bereitwillig mit ihm unter teils widrigen Umständen auf Reisen geht. Im Nachwort erläutert Astrid Fritz sowohl die historischen Details, als auch eine Reihe typischer Begriffe, die heute so nicht mehr gebräuchlich sind und daher einer Erklärung bedürfen. Wem dies noch nicht reicht, dem bietet sie an, sich auf ihrer homepage www.astrid-fritz.de weiter einzulesen.

Die Magd Barbara lebt und arbeitet zunächst in Basel und reist dann mit Paracelsius auf Grund von Schwierigkeiten, in die dieser sich immer wieder begibt (seine Heilmethoden stoßen teilweise auf erheblichen Widerstand - sowohl bei den anderen Ärzten, als auch bei den Fuggern) nach Kolmar, Esslingen, Nürnberg, Beratzhausen, Sankt Gallen, Regensburg und Salzburg. Die Reisen finden von 1527 - 1541 statt, also in einem für die damalige Zeit bemerkenswert kurzen Zeitraum - erst recht für eine Frau bzw. Magd. Überall werden sie zunächst von Freunden des Arztes gern aufgenommen, über kurz oder lang verscherzt es sich dieser jedoch mit allen seinen Gönnern und muss weiterziehen. Dies liegt sowohl an seiner schroffen Art der Auseinandersetzung mit anderen Meinungen als auch an seiner damit einhergehenden Trunksucht.

Barbara erträgt alle diese Launen und Beschwerden mit einem heutzutage fast unverständlichem Langmut. Dies macht die Lektüre an mancher Stelle etwas ermüdend, da sich immer wieder dasselbe wiederholt: Nichtanerkennung seiner Lehrmeinung/Verbot des Drucks seiner Traktate; daraufhin Trunksucht und Beschimpfung der Obrigkeit und schließlich Notwendigkeit, das Quartier zu verlassen. Hier hätte eine Straffung der Lektüre gut getan.

Gleichwohl gewährt diese Schilderung interessante Einblicke in die Wirkungsmöglichkeiten von Frauen in dieser Zeit (Barbara möchte Baderin werden), da diese durchaus noch günstiger waren als in den darauffolgenden Jahrhunderten.

Die Idee, Medizingeschichte aus den Augen einer Frau der damaligen Zeit zu beschreiben ist exzellent - auf weitere Bücher der Autorin darf die Leserschaft gespannt sein!



Universität Berlin studiert. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Berliner Büro des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und arbeitete zuvor im Deutschen Bundestag als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Abgeordnetenbüro von Dr. Ralf Stegner (SPD), wo sie schwerpunktmäßig für den Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie für friedens- und sicherheitspolitische Themen zuständig war. Darüber hinaus ist sie als Schriftstellerin und freie Autorin tätig.

JOHANN GEORG LUGHOFER, Assoc. Prof. MMag. Dr. MA (Exeter), forscht und lehrt an der Universität Ljubljana, daneben nimmt er regelmäßige Gastprofessuren und Lehraufträge an den Universitäten Innsbruck, Wien und Graz wahr. Zuvor studierte er Germanistik, Geschichte, Politikwissenschaften und Philosophie in Wien, Granada, Nizza und Exeter; er lehrt an den Universitäten Peking, Exeter, Maribor, Stellenbosch und Klagenfurt. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Bertha von Suttner.

AISHA OTTO ist Mezzosopranistin. Sie wuchs in einer Musikerfamilie auf und stand bereits als Kind mit ihren Eltern auf der Bühne. Mit 13 Jahren erhielt sie erstmals Gesangsunterricht und wurde nach dem Abitur Stipendiatin der SVA Neukölln. Aktuell studiert sie Klassischen Gesang an der Musikhochschule Lübeck.

VERONIKA OTTO ist Cellistin und Komponistin. Mit der Verknüpfung verschiedenster Gesangsstile und ihrem mehrstimmigen Cellospiel hat sie eine eigene unverwechselbare Handschrift entwickelt. Ihr künstlerisches Engagement gilt derzeit dem Frieden und der Transformation des Menschen auf dem Weg dorthin.

RALF SCHÖPPNER, Dr. phil., ist Philosoph, Politik- und Literaturwissenschaftler sowie Geschäftsführender Direktor der Humanistischen Akademien Berlin-Brandenburg und Deutschland.

HEINER THURM, Dr. phil., ist Historiker und Mitglied der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft. Er war wissenschaftlicher Assistent an der Pädagogischen Hochschule Clara Zetkin in Leipzig und arbeitete als Bankangestellter. Seine Forschungsschwerpunkte sind die internationale Frauenbewegung und das Leben und Wirken sächsischer bzw. Leipziger Persönlichkeiten.

Veranstaltungsort
Nachbarschaftshaus Urbanstraße
Urbanstraße 21
10961 Berlin

Anmeldung
Wir freuen uns über Anmeldungen unter
info@humanistische-akademie-bb.de

Eine Veranstaltung im Rahmen des Berliner Dialogs der
Wellenschaunungen 2023, Teilnehmende Organisationen:



In Kooperation mit:



Die Veranstaltung wird gefördert von:



Bild: Carl Pletzner (1903) | gemeinfrei



Länger als anderthalb Jahre dauert bereits Russlands Krieg gegen die Ukraine; täglich leiden und sterben auf beiden Seiten Menschen durch brutale Waffengewalt. Die Friedensnobelpreisträgerin, Humanistin und Schriftstellerin Bertha von Suttner (1843-1914) hat mit ihrem Antikriegsroman „Die Waffen nieder!“ bereits Ende des 19. Jahrhunderts weltweit Millionen Leser*innen für die Gräueltaten des Krieges sensibilisiert. Das Buch markierte den Beginn ihres umfangreichen Wirkens gegen Militarismus, Nationalismus, Antisemitismus und die Allianz von Militär und Kirche.

Historisch wollen wir nachvollziehen, wie es ihr gelang, vor dem 1. Weltkrieg ein internationales, pazifistisches und feministisches Netzwerk aufzubauen. Mit Blick auf die Gegenwart des Krieges gegen die Ukraine diskutieren wir, welche Relevanz Suttners Friedensideen und gesellschaftliche Utopien heute haben. Wie soll man sich mit Pazifismus gegen Aggressoren wie Russland wehren? Wie kann ein Ende des Tötens und Zerstörens erreicht werden? Waffen nieder oder Waffen liefern?

PROGRAMMABLAUF

Bertha von Suttner und ihr Engagement für eine internationale Friedensarbeit

- ab 9.30 Uhr **Anmeldung**
- 10.00 – 10.30 Uhr **Begrüßung und Einführung**
ASTRID HACKEL und RALF SCHÖPPNER
- 10.30 – 11.15 Uhr **Bertha von Suttner, Pazifistin und Freidenkerin**
(Online-Vortrag)
JOHANN GEORG LUGHOFER
- Kaffeepause**
- 11.30 – 12.15 Uhr **Bertha von Suttners Stellung in der Frauen- und Friedensbewegung**
HEINER THURM

12.15 – 13.00 Uhr

- Traum vom Frieden. Bertha von Suttner im nationalistischen Milieu im Ungarn der alten Jahrhundertwende**
HENRIETT KOVÁCS
- Mittagsimbiss**

Zwischen Krieg und Frieden: Das Erbe Bertha von Suttners und die Gegenwart

- 14.15 – 15.00 Uhr **Ukraine. Mehr Mut zu diplomatischen Initiativen**
HAJO FUNKE
- 15.00 – 15.45 Uhr **Frieden im Angesicht des Krieges**
WILFRIED HINSCH
- Kaffeepause**

16.00 – 16.45 Uhr

- Die Grenzen des Pazifismus**
LENA LUISA LEISTEN

16.45 – 18.15 Uhr

- Waffen nieder oder Waffen liefern? Ambivalenzen im Ukraine Konflikt.**
Podiumsdiskussion mit
HAJO FUNKE,
WILFRIED HINSCH,
LENA LUISA LEISTEN
Moderation: RALF SCHÖPPNER

Aperitif und Abendimbiss

- 19:00 Uhr **Film nach dem gleichnamigen Roman von Bertha von Suttner: „Die Waffen nieder!“** (OmengilU, 1914, Regie: Holger-Madsen).
Mit einer Live-Filmmusik des Duos
VERONIKA OTTO & AISHA OTTO

Beteiligte

HAJO FUNKE hat zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und zu internationalen Konflikten geforscht. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen gehören „Die Hölcke-AFD“ (2021); „Der Kampf um die Erinnerung“ (2019); „Ukraine. Verhandeln ist der einzige Weg zum Frieden“ (2023) und zusammen mit General a.D. Harald Kujat, Horst Telschik und Peter Brandt: „Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden. Verhandlungsvorschlag“ (2023).

ASTRID HACKEL, Dr. phil, hat Literatur- und Theaterwissenschaft sowie Museumsmanagement und -kommunikation studiert. Sie war in verschiedenen Ausstellungs- und Forschungsprojekten tätig und arbeitet seit 2020 als Referentin für Bildung und Forschung an den Humanistischen Akademien Berlin-Brandenburg und Deutschland.

WILFRIED HINSCH leitet das Wissenschaftsforum zu Köln und Essen an der Universität zu Köln, wo er von 2011 bis 2022 den Lehrstuhl für Praktische Philosophie innehatte. Zuvor war er Professor für Philosophie an der Universität des Saarlandes, an der RWTH Aachen und am Collège d'Europe in Brügge. Seine Interessenschwerpunkte liegen in der Moralphilosophie und der politischen Philosophie. Zu seinen Veröffentlichungen gehören „Menschenrechte militärisch schützen. Ein Plädoyer für humanitäre Interventionen“ (2006), „Die gerechte Gesellschaft: Eine philosophische Orientierung“ (2016) und „Die Moral des Krieges: Für einen aufgeklärten Pazifismus“ (2017).

HENRIETT KOVÁCS, Mag. Dr. Univ. Dozentin, ist Historikerin. Sie forscht und lehrt an der Andrássy Universität Budapest am Lehrstuhl für Politische Theorie und Europäische Demokratieforschung unter anderem im Bereich Friedens- und Konfliktforschung sowie Politische Ideengeschichte. Als Gastdozentin führt sie regelmäßige Lehrveranstaltungen an der Universität Rijeka durch. Sie promovierte zu Bertha von Suttners Aktivitäten in Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg und publizierte zahlreiche Beiträge zu diesem Thema.

LENA LUISA LEISTEN hat Germanistik, Kunstgeschichte, Sozialkunde und Politikwissenschaften an der Freien

Rezension

Lars Jaeger Emmy Noether. Ihr steiniger Weg an die Weltspitze der Mathematik. Biografie
Südverlag Konstanz 2022, ISBN 978-3-87800-161-4, 271 S.

Mathematikkenntnisse sind beim Lesen dieses Buches zweifellos ein Vorteil, jedoch nicht Bedingung. Gleichwohl stellt der studierte Physiker, Mathematiker und Philosoph Lars Jaeger uns sehr breit mathematische Forschungen bzw. den Stand der Wissenschaft Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts vor, um uns so die großen Leistungen Emmy Noethers vor Augen zu führen.

Im ersten Satz des Buches bedauert er daher, dass es keinen Nobelpreis für Mathematik gibt, sicher hätte ihn Emmy Noether verdient. Ob sie ihn auch bekommen hätte steht auf einem anderen Blatt, denn immer wieder beschreibt der Autor die Widerstände in der Wissenschaft, an den Universitäten und in internationalen Gremien, mit denen Emmy Noether sich konfrontiert sah.

Er bezeichnet diesen Zeitraum als eine Zeit, in der „die Mathematik ihre grundlegenden Gewissheiten verloren hatte“ (S. 10) - dies wird uns im ersten Kapitel ausführlicher erläutert, inklusive der Auswirkungen auch auf die Physik dieser Zeit.

Emmy Noether war Tochter eines Mathematikprofessors und hatte daher das große Glück, in dieser Zeit zusammen mit ihrem Bruder eine umfassende Bildung zu erlangen.

Doch schon mit dem Ablegen des Abiturs (als Voraussetzung für ein Studium) wurde es schwierig: es gab keine Schulen für Mädchen, die zum Abitur führten. Sie nahm Privatunterricht und legte 1903 als Externe am Königlichen Realgymnasium Nürnberg ihre Prüfung ab. Die weitere Beschreibung ihres Bildungsweges ist zugleich eine Darstellung der Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland und der eingeschränkten Möglichkeiten, die sich erfolgreichen Absolventinnen dann boten. So durften u.a. Lehrerinnen noch bis 1951 (alte BRD) nicht heiraten. Zahlreiche Originalzitate, die den Widerstand gegen die Zulassung von Frauen zum Studium bzw. ihren Ausschluss aus der Wissenschaft belegen, sind dem Buch ebenso beigefügt, wie Beurteilungen von Zeitgenossen zu Emmy Noether.

Diese würdigten sie teilweise durchaus - allerdings mehr in der privaten Korrespondenz denn coram

publikum. Weiterhin enthielten sie ihr sowohl einen Lehrstuhl vor, vor allem aber ein Gehalt für ihre Arbeit und benutzten ungeniert ihre Forschungsergebnisse ohne auf die Urheberschaft hinzuweisen. Teilweise darf sie zwar Vorlesungen halten, jedoch nicht unter ihrem Namen, sondern als Vertretung von... Auch der mühevollen Weg zu ihrer Habilitation ist ein Lehrstück für männliche Borniertheit dieser Zeit!

Als Jüdin war sie dann zusätzlich von den Maßnahmen der Hitlerregierung betroffen und emigrierte in die USA, wo sie leider viel zu früh verstarb (1935). Von ihren StudentInnen und DoktorandInnen wurde sie für ihre offene Art und vorbehaltlose Unterstützung von deren wissenschaftlicher Arbeit geliebt und hochgeachtet. Das Buch enthält einen eigenen Abschnitt zu den „Noether- Jungs und -Mädels“ und deren wissenschaftlichen Leistungen (S. 149ff). Ausführlich wird auf Grete Hermann eingegangen, die nicht nur ebenfalls eine hervorragende Wissenschaftlerin war, sondern auch eine aktive Kämpferin gegen den Nationalsozialismus (S. 181ff).

